

Inhalt

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XV
Einführung	1
Erstes Kapitel: Die Bußgeldhaftung der Muttergesellschaft im europäischen Recht	7
A. Das Unternehmen im Wettbewerbsrecht der EU	7
I. Der funktionale Unternehmensbegriff	7
II. Der Wirtschaftsbezug einer Tätigkeit	8
III. Das Auftreten als Einheit am Markt	9
1. Die hundertprozentige Tochtergesellschaft	9
a) Die Vermutung der Einflussnahme	10
b) Die Widerlegung der Vermutung	12
2. Die Beteiligungen von nahezu 100 %	14
3. Der Einfluss bei geringeren Beteiligungsverhältnissen	15
4. Der Umgang mit mittelbaren Beteiligungen	16
5. Die Beteiligung an einem Joint Venture	17
a) Die Möglichkeit eines bestimmenden Einflusses	18
b) Die Ausübung eines bestimmenden Einflusses	19
c) Die strukturellen Besonderheiten	21
IV. Die Folgen einer wirtschaftlichen Einheit	23
B. Die Verhängung einer Geldbuße durch die Kommission	24
I. Das Unternehmen als Bezugsobjekt der Bußgeldvorschriften	24
II. Die Adressierung der Bußgeldentscheidung	25
III. Das Auswahlermessen der Kommission	26
IV. Die Anordnung einer gesamtschuldnerischen Haftung	27

C.	Die Ausgestaltung der gesamtschuldnerischen Haftung	29
I.	Die Stellung der Muttergesellschaft	29
II.	Die Haftung bei Veränderungen des Unternehmens	30
1.	Die Umstrukturierung nach Beendigung eines Verstoßes	30
2.	Das Aufeinanderfolgen von Muttergesellschaften	33
3.	Der erstmalige Kontrollerwerb	35
III.	Die Haftung im Wiederholungsfall	37
IV.	Die Anwendung der Kronzeugenregelung	40
D.	Das Außenverhältnis der Gesamtschuldner	41
I.	Die Zahlung des Bußgeldes	41
II.	Die Wirkung von Rechtsmitteln	42
1.	Die Nichtigerklärung der Kommissionsentscheidung	43
2.	Das Ruhen der Verjährung	44
Zweites Kapitel: Die Bußgeldhaftung der Muttergesellschaft im deutschen Recht		47
A.	Das Verhältnis zum europäischen Wettbewerbsrecht	47
I.	Die Anwendung des materiellen Rechts	47
1.	Die allgemeinen Grundsätze	47
2.	Die Konkretisierung durch die VO 1/2003	49
II.	Die Zuständigkeitsverteilung	51
1.	Die parallele Zuständigkeit der Wettbewerbsbehörden	51
2.	Die Rechtsanwendung durch die nationalen Gerichte	55
3.	Die Harmonisierung durch die Richtlinie 1/2019	57
B.	Das Unternehmen als Bezugsobjekt im GWB	59
I.	Die Grundzüge des Unternehmensbegriffs	59
II.	Die Beteiligung an einem anderen Unternehmen	60
1.	Die Voraussetzungen der Verbindung von Unternehmen	60
a)	Die Verbundklausel des § 36 Abs. 2 S. 1 GWB	60
b)	Der Einfluss bei Gemeinschaftsunternehmen	64
2.	Das Verhältnis zur wirtschaftlichen Einheit	66
C.	Das traditionelle Haftungsverhältnis von Mutter und Tochter	67
I.	Die Haftungsadressaten des GWB	67
1.	Der Täterkreis	68
2.	Die Verbandsgeldbuße nach § 30 OWiG	69
II.	Die Bußgeldzumessung nach § 81c GWB	72
III.	Die Haftungsmöglichkeiten der Muttergesellschaft	73
1.	Die direkte Anwendung von Art. 5 VO 1/2003	73

2.	Der Verstoß durch eigene Leitungspersonen	75
a)	Die Verletzung einer Aufsichtspflicht	76
b)	Das Begehen durch Unterlassen	78
3.	Die Rechtsnachfolgehaftung	79
D.	Die 9. GWB-Novelle	82
I.	Die Beweggründe für die Reform	82
II.	Die wesentlichen Neuerungen bei der Bußgeldhaftung	85
1.	Die Einführung einer Unternehmenshaftung	85
2.	Die Ausweitung der Nachfolgerhaftung	88
3.	Die gesamtschuldnerische Haftung	89
III.	Die Verfassungsmäßigkeit der Unternehmenshaftung	91
1.	Das Bestimmtheitsgebot und die Unschuldsvermutung	91
2.	Der Schuldgrundsatz	92
E.	Die Anpassungen der Bußgeldhaftung durch die 10. GWB-Novelle	97
Drittes Kapitel: Die kartellrechtliche Schadensersatzhaftung der Muttergesellschaft		101
A.	Die Grundzüge des Kartellschadensersatzes	102
I.	Der schuldhafte Verstoß gegen Kartellvorschriften	102
II.	Die Verursachung eines Schadens	103
1.	Die Schadensarten	103
2.	Der Nachweis des Schadens	105
III.	Die gesamtschuldnerische Haftung	107
1.	Das Innenverhältnis der Gesamtschuldner	107
2.	Die Haftungsprivilegierungen	109
3.	Die Wirkung eines Vergleichs	110
B.	Die Passivlegitimation	112
I.	Die Zurechnung des Handelns natürlicher Personen	112
II.	Die Erstreckung der Haftung auf die Muttergesellschaft	114
1.	Das Trennungsprinzip	115
2.	Die Ansatzpunkte für einen Durchgriff	117
a)	Die Verbundklausel	119
b)	Die Bindung an behördliche Feststellungen	120
c)	Die Vorgaben der Kartellschadensersatzrichtlinie	123
d)	Die Effektivität des Wettbewerbsrechts	124

Viertes Kapitel: Der Regress der Muttergesellschaft	129
A. Die Zuständigkeit deutscher Gerichte	130
I. Die internationale Zuständigkeit	130
II. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit	134
B. Das anwendbare Recht	135
I. Die Lösung über das Unionsrecht	135
II. Die Bestimmung des anzuwendenden nationalen Rechts	138
1. Der Vorrang der Rom I-VO und Rom II-VO	138
2. Die nationalen Kollisionsnormen	140
C. Der Regressanspruch im deutschen Recht	143
I. Der Gesamtschuldnerausgleich nach § 426 Abs. 1 BGB	143
1. Das Bestehen einer anderweitigen Bestimmung	144
a) Die vertragliche Abrede	144
b) Der Rechtsgedanke des § 254 Abs. 1 BGB	146
2. Die Kriterien des BGH zur Haftungsverteilung	148
a) Die Verursachungs- und Verschuldensbeiträge	149
b) Der Kartellgewinn	150
c) Die jeweilige Leistungsgrenze	151
d) Der Anteil an den tatbezogenen Umsätzen	151
e) Die Finanzkraft	152
3. Die Parteien des Gesamtschuldnerausgleichs	152
II. Die weiteren Anspruchsmöglichkeiten	154
Fünftes Kapitel: Die Berücksichtigung von Compliance bei der Haftungsverteilung	159
A. Die rechtlichen Grundlagen von Compliance im Konzern	159
I. Der Compliance-Begriff	159
II. Die Verantwortung der Geschäftsleitung für Compliance	160
1. Die Compliance-Pflicht in der einzelnen Gesellschaft	160
2. Die Pflicht zur konzernweiten Compliance	162
a) Die Bestimmungen des DCGK	162
b) Die Organisationspflichten im Finanzsektor	164
c) Die Aufsichtspflicht gemäß § 130 OWiG	165
d) Die Organisationspflichten im Deliktsrecht	166
e) Die Risikofrüherkennung nach § 91 Abs. 2 AktG	167
f) Die Sorgfalt ordentlicher Geschäftsführung	169
3. Die Reichweite der Compliance-Pflicht im Konzern	171
a) Das Ermessen bei der Ausgestaltung	171

b)	Die Einfluss- und Informationsmöglichkeiten	174
aa)	Die Eingliederung	175
bb)	Der Vertragskonzern	175
cc)	Der faktische GmbH-Konzern	178
dd)	Der faktische Aktienkonzern	179
ee)	Der mehrstufige Konzern	186
B.	Der Einfluss von Compliance auf die Bußgeldhaftung	187
I.	Das Bestehen einer wirtschaftlichen Einheit	188
II.	Die Berücksichtigung bei der Bußgeldbemessung	189
1.	Die Rechtspraxis der Kommission	189
2.	Die Rechtspraxis des Bundeskartellamts	190
C.	Die Entwicklung von Compliance als Regresskriterium	193
I.	Die Anreize durch eine Berücksichtigung von Compliance	194
II.	Die Eingliederung in das Gefüge der BGH-Rechtsprechung	196
1.	Die Berücksichtigung beim Verursachungsbeitrag	197
2.	Die Vereinbarkeit mit den übrigen Kriterien	198
III.	Die konkrete Umsetzung	199
1.	Die Bewertung der Verursachungsbeiträge	199
2.	Die Gesamtabwägung	201

Sechstes Kapitel: Die Anforderungen an effektive Compliance im Konzern 203

A.	Die Bestandteile eines effektiven Compliance-Systems	204
I.	Die Grundelemente	205
1.	Die Etablierung einer Compliance-Kultur <i>Best-Practice:</i> Unternehmenswerte der Merck Gruppe	205
2.	Die Durchführung von Risikoanalysen <i>Best-Practice:</i> Informationserhebung bei Thyssenkrupp	208
3.	Der Aufbau von Organisations- und Berichtsstrukturen <i>Best-Practice:</i> Vernetzung in der METRO Gruppe	210
II.	Die vorbeugenden Maßnahmen	214
1.	Das Aufstellen von Richtlinien <i>Best-Practice:</i> Leitfaden der Infineon Technologies AG	214
2.	Die Schulung und Beratung von Mitarbeitern <i>Best-Practice:</i> Training und Beratung bei MAN	216
III.	Die Überwachung und Aufdeckung von Verstößen	218
1.	Die routinemäßigen Überprüfungen <i>Best-Practice:</i> Audits der Schindler Aufzüge AG	218
2.	Der Umgang mit Hinweisen <i>Best-Practice:</i> Meldewege bei Siemens	220

IV.	Das Vorgehen bei Kenntnisserlangung	223
	<i>Best-Practice:</i> Aufklärungsprozess der Rheinmetall AG	225
V.	Die Weiterentwicklung des Compliance-Systems	226
	<i>Best-Practice:</i> Evaluierung bei A1 Telekom Austria	226
B.	Die zentrale oder dezentrale Umsetzung im Konzern	228
C.	Die Beurteilung der Wirksamkeit von Compliance-Systemen	230
	Zusammenfassung	233
	Literaturverzeichnis	241